

**21 March 2006**

**Wie entwickelt sich der europäische Binnenmarkt  
für Gas**

- EU Sektoruntersuchung und wettbewerbsrechtliche Aspekte**

**ICG Branchentreffen Gas am 21. März 2006 in München**

**Dr. Herbert Ungerer  
Direktor, Generaldirektion Wettbewerb  
Europäische Kommission**

## **Einführung**

Die Entwicklung eines durch Wettbewerb gekennzeichneten europäischen Binnenmarkts für Erdgas—wie auch für Strom—nimmt auf der Liste der aktuellen politischen Prioritäten der Europäischen Kommission einen hohen Rang ein, wie das Anfang März veröffentlichte EU Grünbuch zum Energiesektor und der zwei Wochen zuvor in Brüssel von Wettbewerbskommissarin Kroes vorgestellte vorläufige Bericht zur Sektoruntersuchung („Sector Inquiry“) des europäischen Gas- und Strommarktes im Rahmen des EU Wettbewerbsrechtes unterstreichen. Die aktuelle Restrukturierung des europäischen Gas- und Strommarktes hat voll eingesetzt—wie hier wohlbekannt. Die Lieferengpässe Anfang dieses Jahres und das Verhalten von Gazprom haben den Handlungszwang weiter verstärkt. Die Debatte um die „richtige“ Energiepolitik für Europa gewinnt damit immer größere Bedeutung und Ausmaße. Diese Debatte übersteigt die nationale Dimension und weist Europa eine zentrale Rolle bei der zukünftigen Lösung der Energieprobleme zu.

Ich freue mich daher, hier einige der neuesten Entwicklungen bei der Umsetzung dieser Politik kurz kommentieren zu können. Leider ist immer noch zwischen einer rechtlichen und der faktischen Dimension der Marktöffnung und Liberalisierung zu unterscheiden. Die rechtliche Öffnung der ehemaligen Monopole für den Wettbewerb ist bekanntlich eine längst beschlossene Sache und steht daher als solche nicht mehr in Frage—europaweit ist die volle rechtliche Marktöffnung bis zum 1 Juli 2007 zu implementieren. Hierzu hat die Kommission in den vergangenen Jahren eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen in Form von EU-Richtlinien und Verordnungen vorgeschlagen, welche von den Mitgliedstaaten beschlossen wurden und die sodann auf nationaler Ebene umzusetzen waren—in der Bundesrepublik durch das EnWG und die Bundesnetzagentur.

Aufgrund dieser Vorgaben ist die vollständige Marktöffnung EU-weit für alle Geschäfts- und Haushaltskunden bis Mitte nächsten Jahres zu erreichen (mit einigen geringfügigen Ausnahmen), so dass jeder Verbraucher dann in die Lage versetzt sein soll, den Gasversorger zu wechseln. Um den Wettbewerbern, die über kein eigenes Netz verfügen, den Markteintritt zu ermöglichen, haben sie Anspruch auf Netzzugang zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen.

Um einen tatsächlich funktionierenden Wettbewerb zu ermöglichen, bedarf es aber, über diese rechtlichen Regelungen hinaus, einer strikten Überwachung sowohl des Marktverhaltens der beteiligten Unternehmen als auch der Marktstrukturen. Dabei sind die Besonderheiten dieses

Sektors, speziell die Importabhängigkeit der EU und die Notwendigkeit kontinuierlicher Investitionen in die Netze mit zu berücksichtigen.

### **Nationale Ebene:**

Ein Großteil der daraus entstehenden Aufgaben ist durch die laufende Tätigkeit der nationalen Regulierungsbehörden zu bewältigen. Die Zuständigkeit der Wettbewerbsbehörden besteht jedoch weiter. Es ist ihre Aufgabe, solche Wettbewerbsbeschränkungen aufzugreifen und zu unterbinden, die von der sektorspezifischen Regulierung nicht—oder nur unzureichend—erfasst werden. Zu nennen ist hier die komplementäre Tätigkeit der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamts in den vergangenen Monaten.

Während die Bundesnetzagentur mit der Entwicklung eines praxistauglichen Entry-Exit-Modells und dem Übergang zur Anreizregulierung für die Netznutzungsentgelte befasst ist, um die EU-Vorgaben in Deutschland umzusetzen, hat das Bundeskartellamt in verschiedenen Verfahren tatsächliche Wettbewerbshindernisse forciert aufgegriffen, die nicht durch den Regulierungsrahmen erfasst werden, wie insbesondere die Frage der Begrenzung langfristiger Ausschließlichkeitsbindungen beim Gasbezug. Lassen Sie mich hier unterstreichen, dass dies eine wohlverstandene Art der Arbeitsteilung ist, die unsere volle Unterstützung findet.

### **EU-Ebene:**

Die zentrale Rolle der Europäischen Kommission folgt aus den Zuständigkeiten zur Rahmengesetzgebung zur Vollendung eines durch Wettbewerb gekennzeichneten europäischen Binnenmarkts für Gas (und Strom) entsprechend den Liberalisierungsrichtlinien und aus der EU Wettbewerbsaufsicht über Sachverhalte mit grenzüberschreitender Auswirkung, betreffend sowohl das Kartellrecht als auch die EU Fusionskontrolle.

Das Binnenmarktprinzip bedeutet in diesem Zusammenhang, dass den Energieversorgern ein Markteintritt in einem anderen Gebiet als ihrem Herkunftsland nicht verwehrt oder unnötig erschwert werden darf. Daher ist auch jede staatliche Einmischung in wirtschaftliche Vorgänge, sei es durch Verhinderung ausländischer Übernahmen oder anderweitige direkte oder indirekte Förderung nationaler Champions durch Gewährung bestimmter Vorteile, besonders kritisch zu betrachten—natürlich von besonderer Aktualität bei der jetzigen Restrukturierung des europäischen Gasmarktes. Die Kommission verfügt über weit reichende Zuständigkeiten, derartige Abwehrmaßnahmen seitens der Mitgliedstaaten mithilfe der

Wettbewerbsvorschriften (Verfahren gegen Mitgliedstaaten gem. Artikel 86, Beihilfenaufsicht, Fusionskontrolle) und der Binnenmarktregeln (etwa zum freien Kapitalverkehr) zu überwachen und ggf. zu unterbinden.

Nach diesen allgemeinen Worten nun zur Sektoruntersuchung Gas.

### **Sektoruntersuchung („Sector Inquiry“)**

Die Kommission leitete im vergangenen Jahr ihre Sektoruntersuchung in den Strom- und Gasmärkten ein. Am 16. Februar hat sie die vorläufigen Schlussfolgerungen dieser Untersuchung vorgestellt und auf der Webseite der Generaldirektion Wettbewerb veröffentlicht. Das Momentbild des europäischen Gassektors lässt sich gemäß der Untersuchung wie folgt zusammenfassen:

**Erstens** dauert der hohe Konzentrationsgrad aus der Zeit vor der Liberalisierung auf der Großhandelsebene faktisch weiter an. Der Gashandel hat sich auf dieser Wirtschaftsstufe nur unzureichend entwickelt. Die etablierten Betreiber kontrollieren weiterhin zahlreiche Gasquellen und Gasimporte: sie stellen oftmals nur einen geringen Teil ihrer verfügbaren Kapazitäten für den Handel an den hierfür eingerichteten Handelsplätzen (den Hubs) zur Verfügung. Aufgrund der geringen Markteintritte ist die Versorgerauswahl faktisch für die Kunden sehr begrenzt, so dass sie von den etablierten Betreibern abhängig bleiben. Jene werden dadurch in die Lage versetzt, unabhängig von den Verbraucherinteressen die Preise anzuheben.

**Zweitens** bleiben die Gasmärkte aufgrund der geringen Liquidität und des faktisch fehlenden Zugangs zu den notwendigen Infrastruktureinrichtungen weitgehend vertikal abgeschottet. Dadurch wird der Markteintritt potentieller Wettbewerber verhindert. Ein wichtiger Grund hierfür liegt in der großen Zahl langfristiger exklusiver oder quasi-exklusiver Lieferverträge zwischen den Gasproduzenten und den Importeuren. Dadurch wird in vielen Fällen verhindert, dass Neuanbieter sich auf dem Großhandelsmarkt Gaskapazitäten verschaffen und so auf dem Endkundenmarkt Fuß fassen können. Hinzu kommt, dass viele der etablierten Gasversorger über eigene Netze und Speicherkapazitäten verfügen und der Netzbetrieb—trotz eindeutiger EG-Vorgaben über die rechtliche und funktionale Entflechtung („unbundling“) —nur unzureichend von der Versorgungsfunktion getrennt ist. Hieraus folgen Anreize für die integrierten Betreiber, ihre eigenen verbundenen Unternehmen gegenüber unabhängigen Dritten zu bevorzugen, so dass letzteren der Markteintritt erschwert wird—eine Situation

eines permanenten gravierenden Interessenskonfliktes, der die effektive Marktöffnung untergräbt.

**Drittens** findet grenzüberschreitender Wettbewerb nur in sehr geringem Maß statt, da Gasanbieter auf wichtigen Transportwegen keinen Zugang zu grenzüberschreitenden Rohrleitungen (pipelines) erlangen können. Dies gilt umso mehr für die alternativen Betreiber. Die Kapazitäten der Verbindungsleitungen reichen oftmals nicht aus oder sind durch langfristige Reservierungen blockiert, da die ursprünglich geschlossenen langfristigen Transitverträge (die so genannten „grandfathering rights“) durch die neue Gas-Beschleunigungs-Richtlinie von 2003 nicht angetastet wurden und somit kein Zugangsanspruch für den Wettbewerber besteht. Aus diesen Gründen können die alternativen Betreiber auf vielen Transitstrecken keinerlei Transportkapazitäten erhalten. Dies wird noch verstärkt durch das weitgehende Fehlen eines effizienten Engpass-Managements („congestion“), da oft nicht einmal kurzfristige, geringe und unterbrechbare Gaskapazitäten auf dem Sekundärmarkt verfügbar sind.

**Viertens** verfügen die alternativen Anbieter oftmals über keinen oder keinen hinreichenden Zugang zu den Informationen, die für einen wirksamen Wettbewerb unerlässlich sind. Das Wort Transparenz scheint weiterhin in vielen Bereichen unbekannt zu sein. Diese fehlenden Informationen betreffen in erster Linie den Zugang zu Netzen, Transportkapazitäten und Speichereinrichtungen der etablierten Unternehmen. Letztere werden durch eine derartige Informationsasymmetrie, die teilweise durch ihr eigenes Verhalten und teilweise durch eine zu lasche Umsetzung der EU-Vorgaben durch die Mitgliedstaaten verursacht wird, oftmals entscheidend im Wettbewerb begünstigt.

**Fünftens** bilden sich die Preise nur in geringem Ausmaß auf der Grundlage von effektivem Wettbewerb. In Gasimportverträgen werden zur Ermittlung des Preises weiterhin Preisindizes in Form einer Bindung an den Mineralölpreis verwendet, so dass keine spezifische Anpassung des Gaspreises je nach Angebot und Nachfrage nach diesem Produkt erfolgt und damit der Marktmechanismus zur Preisfindung effektiv ausgehebelt wird. Entsprechend diesen Mechanismen sind die Gaspreise in den vergangenen Jahren stark gestiegen, und zwar unabhängig von den Produktionsstätten und den jeweiligen Importeuren, so dass kein nennenswerter Preiswettbewerb stattgefunden hat. Auch aus diesem Grund ist das Vertrauen vieler Gas- und Stromkunden in die Preisbildung sehr gering.

Soweit zu den Resultaten der Sektoruntersuchung. Nach diesem Fazit zu den möglichen Konsequenzen.

### **Wettbewerbsrechtliche Abhilfemaßnahmen:**

Maßnahmen werden einerseits aus der laufenden Debatte zum EU Grünbuch resultieren, andererseits durch eine verschärfte Anwendung der Wettbewerbsaufsicht. Ich werde hier speziell auf diesen zweiten Aspekt eingehen.

Wie bei der Vorstellung der Resultate der Sektoruntersuchung durch Kommissarin Kroes angekündigt, ist es absehbar, dass die Kommission in bestimmten Fällen Verfahren wegen möglicher Verstöße gegen Artikel 81 und 82 einleiten wird. Dies gilt insbesondere bei Abschottung der Strom- und Gasmärkte durch langfristige Lieferverträge mit Abnehmern oder bei Einschränkungen des Zugangs zu pipelines und Speicherkapazitäten sowie zu grenzüberschreitenden Gas- und Stromleitungen.

Die Anwendung des Wettbewerbsrechts ist dabei in solchen Fällen notwendig, die nicht von der sektorspezifischen Regulierung erfasst oder faktisch nicht effizient geregelt werden. Sektorspezifische Regulierung und Wettbewerbsaufsicht ergänzen sich dabei gegenseitig. Wenn durch die sektorspezifische Regulierung Wettbewerbsprobleme klar geregelt sind und effektiv beseitigt werden können, besteht in der Regel keine Notwendigkeit für die Einleitung wettbewerbsrechtlicher Verfahren. Anderenfalls sind sie jedoch notwendig, da ansonsten eine Regelungslücke entstünde. Abgeschlossene wettbewerbsrechtliche Verfahren können ihrerseits bedeutsame Auswirkungen auf die sektorspezifische Gesetzgebung und Regulierung haben. Lassen Sie mich hierzu eine Reihe von Beispielen aus der jüngeren Fallpraxis der Wettbewerbsbehörden anführen.

### **Artikel 81: Verbot von wettbewerbswidrigen Vereinbarungen.**

Nach den EU-Richtlinien im Energiesektor wird die Zulässigkeit bestimmter Vertragsklauseln, die üblicherweise in Liefer- und –Transportverträgen zwischen Lieferanten oder Transporteuren und Abnehmern vereinbart werden, nicht geregelt. Die Richtlinien enthalten z.B. keine Angaben darüber, welche Laufzeit oder welchen Grad der Bedarfsdeckung die Parteien im Rahmen solcher Liefer- oder Transportverträge vereinbaren dürfen. Auch das nationale Energieregulierungsrecht sieht hierfür in der Regel keine besonderen Bestimmungen vor. Daher ist zur Beurteilung dieser Klauseln das allgemeine

Wettbewerbsrecht heranzuziehen, gleich ob dies auf Gemeinschaftsebene oder auf nationaler Ebene erfolgt. Es ist zu vermeiden, dass die Öffnung des Gasmarktes durch wettbewerbswidriges Verhalten unterlaufen wird.

Die Kommission hat in der Vergangenheit mehrere solcher Fälle aufgegriffen und mehrmals im Wege von settlements mit den betroffenen Unternehmen zugunsten einer Marktöffnung beigelegt. Dabei wurde jeweils eine Reduzierung der Laufzeit bzw. des Bedarfsdeckungsgrads erreicht. Die dabei erzielten Lösungen lassen sich im Detail jedoch nicht ohne weiteres auf die heutige Situation übertragen, da inzwischen durch die Richtlinien des Jahres 2003 die vollständige Marktöffnung angeordnet wurde. Diese bedingt eine dynamische Anpassung der wettbewerbsrechtlichen Beurteilung dieser Vertragsbestimmungen, wie auch der EuGH im vergangenen Jahr in einem Vorabentscheidungsverfahren über langfristige Kapazitätsreservierungen im Stromsektor aus sog. Altverträgen („grandfathering rights“) in den Niederlanden bestätigt hat. Diese wurden als diskriminierende Regelungen für unvereinbar mit dem Gemeinschaftsrecht erklärt.

Hier ist auch der Beschluss des Bundeskartellamts vom Januar diesen Jahres gegen E.ON Ruhrgas zu nennen, den die EU Kommission lebhaft begrüßt hat. Bekanntlich sah das Kartellamt die langfristigen Gaslieferverträge von EON Ruhrgas mit bestimmten Gaskunden als Wettbewerbsverstoß im Sinne von Art. 81 (und 82) an und untersagte diese, soweit sie eine Laufzeit von 2 Jahren bei einem Bedarfsdeckungsgrad der Kunden von über 80% und eine Laufzeit von 4 Jahren bei einem Bedarfsdeckungsgrad von 50-80% überschreiten. Diese Entscheidung erging in Abstimmung mit der Kommission und wir halten diese Entscheidung des Bundeskartellamts zur Erreichung einer größeren Liquidität für einen Eckpunkt der zukünftigen Entwicklung des deutschen Gasmarktes.

Weiterhin finden sich in der Gas-Richtlinie keine Vorgaben über die Rechtmäßigkeit von Klauseln, mit denen der Lieferant dem Käufer die Verwendung des verkauften Gases in einem bestimmten Gebiet oder zu einem bestimmten Zweck vorgibt, die so genannten territorialen Beschränkungen. Die Kommission erließ in diesem Zusammenhang im Oktober 2004 zwei förmliche Entscheidungen, in denen sie feststellte, dass Gebietsbeschränkungsklauseln (territorial restrictions) in einem Liefervertrag zwischen Gaz de France (GDF) und ENI und in einem Vertrag zwischen GDF und ENEL, den größten italienischen Gas- bzw. Stromversorgern, gegen Art. 81 verstießen. Der Vertrag mit ENI betraf den Transport des von ENI in Nordeuropa gekauften Gases durch GDF auf

französischem Gebiet bis zur Schweizer Grenze. In diesem Vertrag war eine Klausel enthalten, nach der ENI verpflichtet war, das Gas ausschließlich jenseits des Auslieferungsortes, also erst nachdem das Gas französisches Staatsgebiet verlassen hatte, zu vermarkten. Der Vertrag zwischen GDF und ENEL betraf das Swapgeschäft mit Flüssiggas (LNG), welches ENEL in Nigeria kaufte. Er enthielt ebenfalls eine Klausel, nach der ENEL verpflichtet war, das Flüssiggas nur in Italien zu verwenden. Diese Klauseln verhinderten somit, dass die Verbraucher in Frankreich Gas von den beiden italienischen Unternehmen bezogen. Marktaufteilung ist bekanntlich ein klarer und schwerwiegender Verstoß gegen die EU Wettbewerbsregeln und strikt zu unterbinden.

Die Kommission stellte in den beiden Entscheidungen fest, dass durch derartige Klauseln in wettbewerbswidriger Weise das Gebiet eingeschränkt wurde, in dem die Vertragsparteien das Gas verwenden durften. Durch derartige Wiederausfuhrbeschränkungen wird die Schaffung eines wettbewerbsorientierten und integrierten Gasmarktes in Europa behindert, denn Gebietsbeschränkungen tragen dazu bei, die Abschottung der nationalen Märkte aufrechtzuerhalten bzw. durch die Hintertür wieder einzuführen, und die Liquidität im Gassektor künstlich zu reduzieren.

Nach Erlass dieser Entscheidungen führte die Kommission ihre Linie konsequent fort und erzielte im ersten Halbjahr 2005 einvernehmliche Regelungen, nach denen es OMV, dem österreichischen führenden Gasunternehmen, und E.ON Ruhrgas ermöglicht wurde, das von Gazprom bezogene Gas auch außerhalb ihrer jeweiligen eigenen Versorgungsgebiete in Österreich bzw. Deutschland zu vermarkten. Zudem wurden auch vertragliche Beschränkungen aus den Verträgen entfernt, nach denen OMV ein Vorkaufsrecht für alle Gaslieferungen von Gazprom in Österreich hatte und E.ON Ruhrgas eine Meistbegünstigungsklausel hatte, so dass Gazprom den Wettbewerbern keine günstigeren Bedingungen anbieten durfte. Alle diese Vertragsbestimmungen behinderten den Wettbewerb auf den Gasmärkten und führten zu mangelnder Liquidität und Flexibilität.

### **Artikel 82: Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung.**

Der effektive Zugang zu Gasnetzen ist eine wesentliche Voraussetzung für den Markteintritt der Wettbewerber. Zwar ist er nach der Gas-Richtlinie durch die Mitgliedstaaten verpflichtend im Wege der sektorspezifischen Regulierung einzurichten. Jedoch greift das Wettbewerbsrecht wieder dann, wenn eine solche Regulierung faktisch nicht, oder nicht rechtzeitig, erfolgt. Ein



Beispiel für die Anwendung des Wettbewerbsrechts bei fehlender Regulierung des Netzzugangs auf nationaler Ebene bietet das sog. Marathon-Verfahren, ein EU Kartellrechtsverfahren, das 2004 abgeschlossen wurde.

Ausgangspunkt des Verfahrens war eine Beschwerde der norwegischen Tochtergesellschaft des US-amerikanischen Öl- und Gasunternehmens Marathon gegen fünf kontinentaleuropäische Gasnetzbetreiber gem. Art. 81 und 82 wegen Preisdiskriminierung und Zugangsverweigerung. Trotz Rücknahme der Beschwerde nach einem Schiedsverfahren führte die Kommission das Verfahren hinsichtlich des verweigerten Netzzugangs von Amts wegen weiter, um ähnlichen Verstößen vorzubeugen.

Die Kommission schloss dieses Verfahren Ende April 2004 im Wege einer einvernehmlichen Regelung mit Ruhrgas und Gaz de France endgültig ab, nachdem beide Betreiber gegenüber der Kommission weit reichende Verpflichtungszusagen abgegeben hatten. Zuvor war dies bereits in den Jahren 2001 und 2003 durch die deutschen Betreiber Thyssengas und BEB sowie durch den niederländischen Betreiber Gasunie erfolgt.

Die Beilegung dieses Verfahrens ist von besonderer Bedeutung. Die Zusagen der Unternehmen sind als Leitschnur für einen effektiven Netzzugang im Gasmarkt zu sehen. Sie orientierten sich an den sog. Madrid-Leitlinien und wurden infolge eines Markttests jeweils auf die Besonderheiten der betroffenen Märkte abgestimmt.

Ruhrgas schaffte im Rahmen der Verpflichtungszusagen das bis dahin praktizierte Vertragspfadmodell ab, nach dem die Wettbewerber Kapazitätsbuchungen anhand eines fiktiven Vertragspfades zwischen einem Einspeise- und einem Ausspeisepunkt vornehmen mussten. Im neuen System ist es den Wettbewerbern nunmehr möglich, Gaskapazitäten getrennt an Einspeise- und Ausspeisepunkten und somit ohne den dazwischen liegenden Transportweg zu buchen - das sog. Entry-Exit-Modell. Ruhrgas hat dazu auf seinen Internet-Seiten eine Liste aller Ein- und Ausspeisepunkte sowie verfügbare Gaskapazitäten und -qualität veröffentlicht. Weiterhin verpflichtete Ruhrgas sich, in alle Gastransportverträge, einschließlich derjenigen mit ihrer eigenen Transportabteilung, das sog. „use-it-or-lose-it“-Prinzip einzufügen. Die dadurch verbesserte Liquidität des Gasmarktes sollte, bei korrekter Durchführung, von Gashändlern sodann für weitere Transaktionen nutzbar sein.

Die Wettbewerber wurden von Ruhrgas in die Lage versetzt, Kapazitätsbuchungen über verschiedene Tarif- und Qualitätszonen hinweg in ganz Deutschland vorzunehmen. Ruhrgas

wird zudem auch weiterhin keine Qualitätsanpassungsentgelte erheben, so lange die Flexibilität im System dies noch zulässt. Nur für die Konversion zwischen beiden Gasqualitäten darf ein Anpassungsentgelt erhoben werden.

Gaz de France verpflichtete sich gegenüber der Kommission, die Anzahl der dem französischen Entry-Exit-Modell zugrunde liegenden Tarif- und Bilanzzonen im Januar 2005 von sieben auf vier zu reduzieren und zudem einen Investitionsplan zur Verringerung von Engpässen annehmen, welcher im Januar 2009 eine Verringerung auf zwei Zonen ermöglichen soll. Dies wird den Zugang für die Wettbewerber durch Verringerung der Transportkosten für die Durchleitung durch mehrere Zonen erleichtern. Ferner verpflichtete sich die Transportabteilung der Gaz de France, anderen Unternehmen ein transparentes und diskriminierungsfreies Angebot für die Umwandlung von H- in L-Gas zu unterbreiten. So erhielten die L-Gaskunden, die einen Grossteil des französischen Marktes darstellen, einen besseren Zugang zum Gas der Wettbewerber.

Weiter verpflichtete sich Gaz de France, für die Dauer von drei Jahren im Süden Frankreichs, wo zuvor kein Wettbewerb bestand, ein Programm zur Gasfreisetzung (Gas Release) durchzuführen. Die Dauer dieser Verpflichtung berücksichtigt den Bau geplanter neuer Infrastruktur, welche den Markteintritt der Wettbewerber erleichtern dürfte. Die Einzelheiten des Gas-Release-Programms wurden zwischen Gaz de France und der französischen Regulierungsbehörde (CRE) ausgehandelt.

An dem Marathon-Verfahren wird besonders deutlich, in welcher Weise die Wettbewerbsaufsicht komplementär zur sektorspezifischen Gesetzgebung zur Öffnung der Gasmärkte greift. Die von den Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen gehen dabei teilweise über die Bestimmungen der Gasrichtlinie hinaus. Trotzdem ist das in diesem Verfahren akzeptierte Netzzugangsmodell als ein Mindeststandard für die nationale Umsetzungsregelung anzusehen, da jene Unternehmen die getroffenen Zusagen in jedem Fall erfüllen müssen. Dementsprechend beobachten wir mit besonderem Interesse die laufende Entwicklung im deutschen Gasmarkt bezüglich der Einführung eines wirksamen Entry/Exit Modells anstelle des herkömmlichen einzelfallbezogenen und entfernungsabhängigen Transportpfadmodells, in angemessen großen Marktgebieten.

## **Roadmap:**

Mit der Veröffentlichung des EU Grünbuchs zur Energiepolitik von Anfang März liegt nun eine Roadmap für die Entwicklung des europäischen Energiesektors vor. Der Titel des Grünbuchs ist Programm: „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“.

Dementsprechend stößt das Grünbuch eine breitgespannte Diskussion an:

- Wettbewerb und Energiebinnenmarkt. Themen werden sein: europaweite Netzverbindung; europäischer Verbundplan; Netzkodex und Regulierung des internationalen Netzsegments; Entflechtung („unbundling“).
- Versorgungssicherheit
- Energiemix und seine langfristige Entwicklung
- Klimaschutz und die Treibhausgasziele, erneuerbare Energien, Energieeffizienz
- Energietechnologien

und, nicht zuletzt,

- die Außenbeziehungen der Gemeinschaft im Energiebereich, besonders die Gasproblematik mit Russland.

Wie hier jedermann bekannt, wird annähernd die Hälfte des EU-Erdgasverbrauchs durch nur drei Länder gedeckt (Russland, Norwegen, Algerien). Falls die aktuellen Trends anhalten, wird sich die Abhängigkeit von Erdgaseinfuhren in den nächsten 25 Jahren auf 80% erhöhen.

Wie also wird die Roadmap für die nächsten Monate im europäischen Energiebereich aussehen. Es stehen an:

- eine intensive Grundsatzdebatte als Folge des EU Grünbuches über die wesentlichen Rahmenbedingungen: die Außenbeziehungen zur Sicherung der Energieversorgung; Energiemix und Energiesparmassnahmen; umweltpolitische Ziele. Der Europäische Rat wird sich Ende dieser Woche mit dieser Debatte befassen. Gleichzeitig wurde eine High Level Group für Energie, Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt bei der Europäischen Kommission eingerichtet, die derzeit ihre Arbeiten aufnimmt.
- eine verschärfte Anwendung der Fusionsverordnung und des europäischen Kartellrechtes, um eine Renationalisierung und erneute Abschottung der Energiemärkte und ein Unterlaufen der Liberalisierung durch die Hintertür zu verhindern.
- eine Überprüfung der Effektivität der Liberalisierungsrichtlinien und der nationalen Umsetzung Mitgliedsstaat pro Mitgliedsstaat, mit möglichen Handlungsvorschlägen zu Ende dieses Jahres.

Punkte, die in diesem Zusammenhang anstehen, könnten sein: eine Stärkung der Transparenzaufgaben für die etablierten Betreiber. Weiter sollten die überlieferten Kapazitätsrechte aus Monopolverträgen, die vor der Liberalisierung abgeschlossen wurden, auf den Prüfstand, sofern sie alternative Anbieter beim Markteintritt behindern. Weiter sind Fortschritte beim Erstellen gemeinsamer Regeln hinsichtlich der Verbindungsleitungen zwischen den nationalen Netzen unabdingbar. Die effektive Durchsetzungsmacht der nationalen Regulierungsbehörden, besonders bei der Überwachung der Konditionen und Preise für den Netzzugang Dritter, wird zu analysieren sein.

Besonders zu erwähnen: ein wesentlicher Punkt wird die vollständige faktische Umsetzung der aktuellen Richtlinien über die rechtliche und funktionale Entflechtung sein. Falls daraus kein spürbarer Fortschritt beim effektiven „unbundling“ und keine wirkliche Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer bis zum Ende dieses Jahres resultieren sollte, werden zusätzliche Maßnahmen wie die strukturelle Entflechtung zwischen Netz- und Lieferfunktionen durchaus in Betracht gezogen werden müssen. Bekanntlich haben einige Mitgliedstaaten hier in voller Konsequenz eine vollständige Trennung der Eignerschaft implementiert, um die Lösung des system-inhärenten Interessenskonfliktes zu erreichen. Bei der vor zwei Wochen ergangenen EU Entscheidung zum Fusionsfall DONG (des dänischen Marktführers im Gassektor) mit einer Reihe dänischer Stromunternehmen, spielte bei der Analyse der Auswirkung dieser Fusion auf den dänischen Gassektor die strukturelle Frage eine wichtige Rolle. In Dänemark ist das

Netzgeschäft bereits in separater Eignerschaft. Grünes Licht wurde von der europäischen Kommission erst gegeben, als sich DONG neben einer Verpflichtung zu einem umfangreichen Gas Release Programms zur Sicherung der Liquidität des dänischen Gasmarktes auch zur Veräusserung („divestiture“) des grösseren Teils seiner Gasspeicherkapazität bereit erklärte.

Lassen Sie mich hier auch eine kürzliche ergangene Entscheidung der italienischen Wettbewerbsbehörde erwähnen (der so genannte TTPC Fall – „Tunisian Transit Pipeline Case“). In diesem Fall verhängte die Wettbewerbsbehörde eine Geldbuße von 290 Millionen € gegen ENI, den italienischen Gasversorger, wegen einer Verzögerung eines Gaspipeline-Ausbaus durch Tunesien („transit“) zuungunsten von Wettbewerbern. ENI hatte sich vorher zu diesem Ausbau verpflichtet. Dies zeigt die Grenzen eines unvollkommenen unbundling Regimes. Eine in separater Eignerschaft geführte Netzgesellschaft hätte sicher nicht die gleichen Incentives für eine solche Verzögerungspolitik gehabt.

### **Zum Abschluss**

Die europäischen Gasmärkte stehen in diesem Jahr vor entscheidenden Weichenstellungen: die volle Durchsetzung eines chancengleichen Netzzugangs; die forcierte Anwendung des Fusions- und Wettbewerbsrechtes; und entscheidende Weichenstellungen in den Außenbeziehungen besonders im Gasmarkt. Versorgungssicherheit wird ohne Zweifel im Mittelpunkt der Debatte stehen. Aber lassen Sie mich hier zum Abschluss ein klares Wort sprechen. Versorgungssicherheit muss aufbauen auf Marktdiversifizierung und einem wettbewerbsfähigen europaweiten Markt. Wir müssen vermeiden—und wir werden es nicht zulassen—dass unter dem Stichwort Versorgungssicherheit tradierte monopolistische Strukturen verlängert und die Marktöffnung unterlaufen wird. Dies wäre zum Nachteil des Verbrauchers, der Hinwendung zu erneuerbaren Energien und der Entwicklung von langfristig tragfähigen Strukturen. Wettbewerb, europäische Marktintegration, Versorgungssicherheit stehen nicht gegeneinander, sondern sind zusammen ein schlüssiges Konzept.

Vielleicht noch eine weitere Anmerkung. Kein Land, kein nationaler Champion, allein wird in diesem globalen Wettbewerb das nötige Gewicht haben. Die großen Gasunternehmen scheinen dies zu realisieren und versuchen, sich eine breitere Basis im europäischen Markt zu verschaffen. Aber man sollte hier keine Illusion haben: eine solche Restrukturierung wird nicht zu machen sein, ohne eine faire Marktöffnung im eigenen Markt. Dies macht die

schnelle Erledigung der nötigen Hausaufgaben bei der Liberalisierung des heimischen Gasmarktes auch in diesem Lande so wichtig.